Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 93. Donnerstag den 3. April 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 4. April,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 24. bis 30. vorigen Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,1fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,457.

Leipzig, am 1. April 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Gesucht

wird der am 31. März 1859 zu Gorschwitz geborene Arbeiter
Friedrich Johann Krebs,
welcher zur Fürsorge für seine von ihm verlassene Familie anzuhalten ist.

Wir bitten, ꝛc. Krebs im Betretungsfalle mittelst Zwangspasses anher zu weisen.

Leipzig, den 25. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt.

A. R. IV. 382b/841. Ludwig-Wolf. Dolge.

Die in Leipzig geborene Anna Louise **Kleeberg** hat hier angezeigt, daß ihr das hierselbst am 24. Januar 1881 ausgestellte Dienstbuch abhanden gekommen ist. Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 31. März 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

V. 90. Bretschneider. Müller.

Deutschkatholische Gemeinde, Leipzig.

Die Eltern schulpflichtiger Kinder unserer Gemeinde werden aufgefordert, ihre Kinder dem Religionsunterricht der Gemeinde zuzuführen.

Der Besuch unserer Religionsstunde befreit vom Religionsunterricht der Schule.

Anmeldungen erbeten beim Vorsitzenden der Gemeinde
J. G. Findel, Nürnberger Straße Nr. 56, part.

Sparcasse zu Connewitz.

Unter Garantie der Gemeinde.

Sparverkehr im 1. Vierteljahr 1890:
1535 Einzahlungen im Gesammtbetrage von 91 825 ℳ 25 ₰
855 Rückzahlungen „ „ „ 75 524 „ 70 „

Verzinsung der Einlagen mit 3½ Procent. Expeditionszeit: Montags Nachmittags 3—6, Mittwochs und Sonnabends Vormittags 9—1 Uhr im Gemeindeamt.

Die Verwaltung.
Eulenstein, Dir.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des **Bahnhofs** und der **Harthwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Stadtrath zu Zwenkau.**

Ein Denkmal für den Fürsten Bismarck.

In Berlin ist unter dem einstweiligen Vorsitz des früheren Reichstagspräsidenten, Landesdirector der Provinz Brandenburg v. Levetzow eine Anzahl angesehener, verschiedenen politischen Richtungen angehörender Männer zusammengetreten, um einen Aufruf an das deutsche Volk zu Sammlungen für ein dem Fürsten Bismarck in der Reichshauptstadt zu errichtendes Denkmal zu erlassen. Das Comité wird den Kaiser um Uebernahme des Protectorats bitten.

Der Gedanke, welcher dieses durchaus zeitgemäße Unternehmen ins Leben gerufen hat, ist vorzugsweise glücklich, die Errichtung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck bildet den natürlichen Abschluß einer Bewegung, deren Zweck und Ziel es war, dem ins Privatleben zurücktretenden Reichskanzler den Dank des deutschen Volkes für seine unsterblichen Verdienste um das deutsche Vaterland darzubringen. Die Huldigungen, welche dem Fürsten Bismarck in den letzten Tagen in Berlin und Friedrichsruh dargebracht worden sind, haben eine nach allen Richtungen hin harmonische und versöhnende Wirkung gehabt. Die Thatsache des Rücktritts wird als das, was sie ist, als die einzig mögliche Lösung vorhandener Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler betrachtet, an dem Verhältniß des Kaisers zum Kanzler und des deutschen Volkes zum Begründer des geeinten Deutschen Reiches wird aber dadurch nichts geändert, die unauslöschliche Dankbarkeit für die Verdienste des Fürsten bleibt im Herzen des Kaisers und des deutschen Volkes als dauernde Empfindung zurück, die bei jeder Gelegenheit mächtig hervortritt. Der herzliche Abschied des Kaisers vom Kanzler bei der Audienz, die Blumenspenden des Kaiserpaares für den scheidenden Fürsten, die Ueberreichung des lebensgroßen Bildnisses des Kaisers durch den Flügeladjutanten v. Wedell am Geburtstage des Fürsten sind ebenso viele Zeichen der ungetrübten Liebe und Zuneigung des Kaisers für den Fürsten Bismarck, und die Huldigungen, welche ihm die Bevölkerung Berlins bei Gelegenheit der Abschiedsaudienz beim Kaiser und bei seiner Abreise nach Friedrichsruh dargebracht hat, sowie die ungeheure Zahl der Kundgebungen anläßlich des Rücktritts und der Glückwünsche, Geschenke und sonstigen Aufmerksamkeiten am Geburtstage des Fürsten geben eine Vorstellung von der Verehrung, welche das deutsche Volk für den Fürsten empfindet.

Jetzt erhält das Verhältniß des deutschen Volkes zum Fürsten Bismarck seine bleibende Form und die Weihe durch den Aufruf zur Veranstaltung von Sammlungen zum Zweck der Errichtung eines Denkmals für Deutschlands größten Staatsmann. Der Zusammentritt des Comités wird im ganzen Deutschen Reiche mit lebhaftester Zustimmung begrüßt werden, die ungeheure Zahl der Verehrer des Fürsten in Deutschland erhält dadurch eine willkommene Gelegenheit, ihm den Zoll der Dankbarkeit zu einem kleinen Theile abzutragen, der Aufruf wird sicherlich den Erfolg haben, welchen man überall wünscht und erwartet.

Die Errichtung eines Denkmals für einen großen Mann bei seinen Lebzeiten mag im Allgemeinen als ungewöhnlich gelten, bei solchen Männern, deren Lebensarbeit bereits abgeschlossen vorliegt, hat sie nichts, was die Gefühle verletzen könnte. Es ist nicht das erste Denkmal, welches dem großen Kanzler errichtet wird, in Köln hat ein solches gegenüber dem von Moltke bereits seine Stätte gefunden, und als wesentlicher Bestandtheil größerer Denkmäler zur Verherrlichung der kriegerischen Erfolge der Jahre 1870/71 und der Gründung des Deutschen Reiches tritt an vielen Orten Deutschlands die mächtige Gestalt des Fürsten Bismarck zur Erscheinung, so an dem Denkmal auf dem Niederwald und an dem Leipziger Sieges-Denkmal. Aber das für die Reichshauptstadt geplante Denkmal hat eine andere, lediglich der historischen Bedeutung der Person des Fürsten Bismarck geltende Bestimmung. Es soll der Welt zeigen, welche hervorragende Stelle der große Staatsmann in der öffentlichen Meinung Deutschlands und in der Verehrung des deutschen Volkes einnimmt. Das Denkmal soll das Wahrzeichen sein für die Thatsache, daß die deutsche Nation unsterbliche Verdienste gebührend zu würdigen weiß und daß sie hoch genug von ihnen denkt, um auch dem Lebenden noch Zeugniß davon abzulegen, wie sie gegen ihn gesonnen ist.

Fürst Bismarck wird daraus erkennen, daß sein Rücktritt ins Privatleben gänzlich unabhängig ist von der historischen Bedeutung, welche ihm seine unsterblichen Verdienste um das deutsche Vaterland sichern, die Fortführung seiner amtlichen Thätigkeit konnte seinem Ruhme nichts mehr hinzufügen, die Niederlegung seiner Aemter nichts davon rauben. Die Riesenarbeit, welche Bismarck in den beinahe achtundzwanzig Jahren seiner ministeriellen Thätigkeit bewältigt hat, reicht hin, um die Ruhe, welche er sich fortan erfreuen wird, als kaum in Betracht kommend erscheinen zu lassen. Welches Genie, welche Arbeitskraft würde dazu gehören, um sie mit der schöpferischen Kraft Bismarck's in gleiche Linie stellen zu können?

Die Aufgabe, welche dem Bildner des Denkmals erwächst, ist eine große und umfassende, denn dem Zweck entsprechend, die historische Bedeutung Bismarck's in das rechte Licht zu setzen und sie der Mit- und Nachwelt vor Augen zu führen, kann das Denkmal nicht allein die Person des Fürsten darstellen, sondern es muß zugleich ein Bild der Hauptergriffe entwerfen, welche die historische Wirksamkeit des Kanzlers bezeichnen. Wir denken dabei an seine Zusammenkunft mit Napoleon III. bei Donchery, an seine Verhandlungen mit Jules Favre und mit Thiers, an seinen Aufenthalt in Wien behufs Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn im Jahre 1879, an sein Auftreten im Reichstage in entscheidenden Augenblicken, an den Berliner Congreß von 1878, an seine persönlichen Begegnungen mit Crispi und Kalnoky u. s. w. Es wird nicht allzu schwierig sein, bei Auswahl der in Betracht kommenden Ereignisse eine gewisse Grenze inne zu halten und Ungeschicklichkeiten zu vermeiden, der persönliche Antheil des Fürsten an allen auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse einwirkenden Vorgängen ist so klar erkennbar und durch durch die Thatsachen bezeugt, daß der Künstler, welcher das Denkmal ins Leben rufen wird, darüber nicht im Zweifel sein kann, was er zu berücksichtigen hat und was er außer Betracht lassen kann. Der Hauptgesichtspunct ist, das Werk, welches Fürst Bismarck geschaffen hat, in allen seinen Entwickelungsstufen dem Beschauer einheitlich vorzuführen, damit dieser in die Lage kommt, die Lebensarbeit Bismarck's in ihren Hauptzügen zu verfolgen und einheitlich zu erfassen. Das ist das Ziel, nach welchem das Berliner Comité zu streben hat, wenn es den berechtigten Wünschen der Nation Erfüllung sichern will. Die Person des Vorsitzenden bürgt dafür, daß die Sache beim rechten Ende angefaßt und mit der Thatkraft in Angriff genommen und durchgeführt wird, welche die Bedingung des Erfolges ist. Wir begrüßen das Unternehmen mit herzlicher Freude und sind überzeugt, daß das Ergebniß der Sammlung die Möglichkeit gewähren wird, ein Werk zu schaffen, welches den höchsten Anforderungen gerecht wird.

Leipzig, 3. April.

* Die Presse ergeht sich in mancherlei Mittheilungen über den Zeitpunct der Einberufung des Reichstags. Dabei wird vielfach schon die erste Hälfte des April als der dafür in Aussicht genommene Termin bezeichnet. „Es ist klar (schreiben die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten"), daß Mittheilungen dieser Art die Reichstagsabgeordneten beunruhigen und darauf hinweisen müssen, sich wohl oder übel auf die Einberufung zu Mitte April einzurichten. In Wahrheit entbehren alle derartigen Mittheilungen der thatsächlichen Begründung. Ueber den Zeitpunct der Einberufung des Reichstags ist noch gar kein Beschluß gefaßt. Wer den Stand der für die nächste Reichstagssession bevorstehenden gesetzgeberischen Vorlagen erwägt, wird sich sagen müssen, daß dem auch gar nicht anders sein kann, daß vielmehr noch nicht zu übersehen ist, ob die Einberufung des Reichstags überhaupt noch im Laufe des Monats April möglich sein wird. Das gesetzgeberische Pensum für die nächste Reichstagssession wird, abgesehen von der Vorlage über die Gewerbegerichte und Einigungsämter, welche bereits den Bundesrath passirt hat, in einer Novelle zur Gewerbeordnung, einer Militair- und einer Colonialvorlage bestehen. Alle drei letztgenannten Vorlagen befinden sich noch in dem Stadium der Vorbereitung, dem Bundesrathe ist noch keine derselben zugegangen. Es dürfte vielmehr bezüglich aller drei noch einige Zeit vergehen, bis der Bundesrath in die Berathung der Vorlage eintreten kann. Diese letztere selbst kann naturgemäß nicht über das Knie gebrochen werden, sondern bedarf sicher einiger Wochen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Einberufung des Reichstages sich selbst bis zum Monat Mai verschiebt. Auch der auf die Erhöhung der Beamtengehälter bezügliche Nachtragsetat liegt dem Bundesrathe noch nicht vor. Uebrigens entspricht die Angabe deutschfreisinniger Blätter, daß die in dieser Richtung bestandene Absicht im Hinblick auf die Mehrausgaben auf dem Gebiete der Heeresverwaltung eingeschränkt sei, der Wahrheit nicht."

* In r jüngsten Sitzung des preußischen Staatsministeriums dürfte auch über die im Anschluß an die Berathungen des Staatsraths vom preußischen Handelsministerium und dem Reichsamt des Innern ausgearbeitete Novelle zur Gewerbeordnung sowohl nach der materiellen Seite, als in Bezug auf die formelle Behandlung der Sache Beschluß gefaßt worden sein. Ueber den Inhalt dieser Vorlage verlautet Folgendes: „Die Vorlage stellt sich dar als eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung, und zwar hauptsächlich des Titels VII derselben. Es werden vorzugsweise die §§. 105, 106, 120, 134 bis 137 und 139a und b einer Abänderung unterzogen. Hierdurch werden neue Bestimmungen bezüglich der Kinder- und Frauenarbeit, und zwar im Sinne eines erhöhten Schutzes getroffen. Das Gleiche gilt bezüglich der Sonntagsarbeit. Ferner werden die Vorschriften über das Lehrlingswesen, namentlich in Bezug auf den Fortbildungsunterricht, ergänzt und in einigen Puncten umgestaltet. Sodann wird auch eine größere Gleichstellung zwischen Fabrikarbeitern und den Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen angebahnt. Außer diesen Hauptbestimmungen sind noch jene neuen Vorschriften hervorzuheben, durch welche das Institut der Fabrikinspectoren einer organisatorischen Umgestaltung und Erweiterung unterzogen wird. Diese Arbeiterschutzvorlage deckt sich zwar in mehreren Puncten mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterschutzconferenz, ist aber nicht als ein directes Ergebniß derselben zu betrachten, weil sie eben auf Grund der Staatsrathsvorschläge schon früher ausgearbeitet worden war."

* Bei der am 28. März im 1. Hessischen Wahlkreise (Gießen) stattgehabten Reichstagsnachwahl wurden nach amtlicher Feststellung für Pickenbach (Antisemit) 7145 St., für Dove (deutschfreisinnig) 4715 St., für den nationalliberalen Candidaten 2100 St., den socialdemokratischen 1335 St. und für den conservativen 428 St. abgegeben, so daß eine Stichwahl zwischen den beiden Erstgenannten erforderlich ist.

* Aus Sondershausen, 31. März, wird der „Vossischen Zeitung" von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Verlobung des Prinzen Leopold, Bruders des regierenden Fürsten, war in der That beschlossene Sache. Der Prinz hatte, nachdem man seit Jahren von allen Seiten vergeblich in ihn gedrungen war, endlich seine Zustimmung gegeben. In Folge dessen wurde ihm das Ministerialgebäude, welches in früherer Zeit schon einmal von der fürstlichen Familie bewohnt war, für seine Hofhaltung zur Verfügung gestellt. Eine bestimmte Prinzessin als Braut war überhaupt noch nicht genannt, diese Wahl hatte er der Fürstin überlassen. Durch die Zustimmung des Prinzen schien der Zwiespalt, welcher Jahrzehnte lang in der fürstlichen Familie geherrscht und vor einer Reihe von Jahren sogar eine Einsprache Kaiser Wilhelm's I. veranlaßt hatte, beseitigt. Nachdem der Fürst mit dem Prinzen Leopold am am 23. März im hiesigen Officierscasino gespeist hatte und am 23. beide zusammen die Kirche besucht hatten, kam es auf dem Heimwege zwischen beiden zu einer Auseinandersetzung bezüglich der Apanage des Prinzen. Dieser bezieht jährlich eine Apanage von 18 000 ℳ und verlangte für den Fall seiner Verheirathung einen Zuschuß von Seiten des regierenden Fürsten. Die an diese Geldfrage sich knüpfenden Auseinandersetzungen hatten zur Folge, daß Prinz Leopold sofort seinen Marstall räumen, die Pferde in einem hiesigen Hotel unterbringen und die Schlüssel zu den Eingängen des Schlosses abliefern mußte. Er selbst reiste unmittelbar darauf von Sondershausen ab, um, ebenso wie seine Schwester, die Prinzessin Elisabeth, die seit einem halben Jahre auf Reisen ist, überhaupt nicht wieder nach Sondershausen zurückzukehren. Die Mittheilung, daß Prinz Leopold selbst in einem hiesigen Hotel Quartier genommen, war eine irrthümliche.

* Die „Karlsruher Zeitung" meldet amtlich, daß der Großherzog am 29. März den Freiherrn Marschall v. Bieberstein behufs Uebertritts in den Reichsdienst unter Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienste aus dem Staatsdienste entlassen und von seinem Gesandtenposten abberufen hat. — Der Großherzog hat dem Staatssecretair des Auswärtigen Frhrn. Marschall v. Bieberstein bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Stern zum Commandeurkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

* Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, ist die Ständeversammlung mittelst königlichen Decrets auf den 15. d. M. zusammenberufen.

* * *

* Neueren aus Berlin in Petersburg eingetroffenen Nachrichten zufolge steht es fest, daß der deutsche Kaiser zum Besuch des Zaren im Sommer nach Rußland kommen und an den Manövern von Krasnoje-Selo theilnehmen wird.

* Die aus Petersburg einlaufenden Nachrichten über die Entdeckung einer Verschwörung gegen das Leben des Zaren gewinnen festere Gestalt. Aus London geht der „Vossischen Zeitung" ein Drahtbericht zu, welcher meldet, daß nach dort aus Petersburg eingetroffenen Nachrichten in der russischen Hauptstadt ein Mann Selbstmord verübte, weil er durch das Loos dazu erkoren worden war, den Zaren zu ermorden. Der Mann, so lautet die Meldung weiter, habe einen Brief zurückgelassen, in welchem er seine Beweggründe auseinandersetzt. Auf Grund dieses hinterlassenen Briefes erfolgen zahlreiche Verhaftungen. So weit diese Drahtnachricht. Nach Meldungen anderer Blätter wäre der Selbstmörder ein Hörer der Petersburger technischen Hochschule gewesen.

* Das Abenteuer von Frau Marie Zebrikowa, nach anderer Fassung Fräulein Zebrikow, nimmt ein für diese vielleicht glückliches Ende, als man angesichts der ersten Berichte noch ihrer in Petersburg erfolgten Verhaftung zu vermuthen Grund hatte. In der russischen Hauptstadt verlautet, so meldet ein Drahtbericht der „Vossischen Zeitung", die genannte Schriftstellerin sei auf ausdrücklichen Befehl des Zaren freigelassen worden und der Zar habe an den Rand des ihm zugegangenen Zebrikow'schen Briefes geschrieben, dies sei zwar sehr bitter geschrieben, aber nichts desto weniger könne die Verfasserin unbehelligt bleiben. Das mag nun wahr sein; dennoch kann man von der Briefschreiberin nicht eher sagen, sie sei in Sicherheit und Freiheit, als bis sie wieder die russischen Grenzpfähle hinter sich sieht. Denn es wäre nicht das erste Mal, daß auf Befehl des Zaren Jemand freigelassen wird, um hinterher zu verschwinden — Niemand weiß wie und wohin.

* Persien hat Rußland einige wichtige Concessionen gemacht. Die Bai von Murdab, welche Enzeli mit Reschd im kaspischen Meere verbindet, wird russischen Schiffen erschlossen, und russischen Capitalisten werden die Concessionen aller projectirten Eisenbahnen zuerst angeboten.

* Da das dänische Folkething die Berathung des Budgets rechtzeitig nicht zu Ende zu führen vermochte, wird nunmehr durch ein provisorisches Gesetz die Regierung ermächtigt, die bestehenden Steuern weiter zu erheben und die für die Staatsverwaltung nothwendigen Ausgaben übereinstimmend mit der Budgetvorlage der Regierung zu leisten.

* In der maritimen Commission der Anti-Sclaverei-Conferenz wurde am Montag der Bericht über die bisher vollendeten Arbeiten verlesen. Der Bericht ist von den Delegirten Martens und Bourée verfaßt und von großem Umfange. An demselben wurden einige Aenderungen vorgenommen. Dank dem guten Willen der verschiedenen Regierungen seien die in der Sache liegenden Schwierigkeiten glücklich überwunden und sei über alle Puncte Einvernehmen erzielt. Wenn die Conferenz den mit dem Berichte vorgelegten Entwurf annehme, werde die Unterdrückung des Sclavenhandels zur See künftig durch ein vollständiges Gesetzbuch geregelt werden, welches die Gesichtspuncte der verschiedenen Mächte wahre und dessen Wirksamkeit sich ohne Zweifel fühlbar machen werde.

* Die belgische Regierung beschloß, die Arbeiter-Kundgebung am 1. Mai zu untersagen.

* Die auf dem Internationalen Congreß zu Paris seiner Zeit anwesend gewesenen Delegirten der französischen socialistischen Organisationen und Syndicatskammern haben beschlossen, den folgenden Aufruf zu erlassen:

„Manifestation der Arbeiter beider Welten, beschlossen vom Internationalen Congreß zu Paris (1889) — behufs Unterstützung der Forderungen auf Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, Aufhebung der privaten Stellenvermittelungsbureaux, Verbot des Zwischenunternehmerthums ꝛc. — In einer Zahl von mehreren Millionen bereiten sich die Arbeiter Belgiens, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Hollands, Rußlands, Spaniens, Italiens, Dänemarks und der Vereinigten Staaten Nordamerikas vor, um am nächsten 1. Mai, indem sie ihre Werkstätten verlassen, durch Meetings oder Delegationen bei den öffentlichen Gewalten friedlich diese unumgänglich nothwendigen Reformen zu fordern. Arbeiter Frankreichs! Ihr, die ihr Erste der Avantgarde angehört habt, Ihr wartet auch diesmal Eurer Aufgabe gewachsen sein. Seines Rechtes bewußt und auf alle Provocationen verächtlich herabblickend, wird Jeder zum Stolzbewußtsein seiner Classe und der socialistischen Partei kommen und seine Pflicht thun. Für die socialistische Gruppe der Kammer: Ferroul, Boyer, Baudin, Lachize, Thomier, Francomte, Clément. — Der Nationalrath der Arbeiterpartei: Camelinat, Crépin, Dereure, Guesde, Lafargue. — Das revolutionaire Centralcomité: Baudin, Lachize, Chauvière, Vaillant, Lavrov. — Die socialistische Gruppe des Stadtrathes: Dumas, Longuet, Vaillant, Humbert, Chauvière."

* Jules Simon spricht sich mit lebhafter Befriedigung über seine Berliner Erlebnisse aus, sowie über die ihm und seinen Collegen von allen Seiten erwiesenen Aufmerksamkeiten. Vom Kaiser Wilhelm II. erzählt Jules Simon, daß er ohne jeden Accent fließend französisch spreche. Er fügt hinzu, daß er über die Sicherheit und die Fülle des Wissens des jungen Souveräns ganz betroffen gewesen sei. Jules Simon sagte wörtlich: „Der deutsche Kaiser hat sich sehr verändert; seit einigen Monaten hat man ihn uns ganz falsch geschildert". Jules Simon hob auch die besondere Freundlichkeit der beiden Kaiserinnen gegenüber den französischen Delegirten hervor, ferner das liebenswürdige Entgegenkommen Moltke's und des Fürstbischofs von Breslau, Kopp, sowie des Congreßpräsidenten von Berlepsch. In Bezug auf die Berliner Conferenz erklärt Jules Simon, dieselbe werde, wenn auch kein unmittelbares praktisches Ergebniß haben, doch nützlich gewesen sein und, was auch die Skeptiker sagen mögen, ein Datum bilden. Fürst Bismarck, den Jules Simon bis dahin nicht kannte, hat sich ihm selbst mit den Worten: „Ich bin Bismarck", vorgestellt und ihm unter Anderm gesagt, er ziehe sich zurück, weil es Zeit sei, daß er sich mit seinen Waldungen beschäftige. Jules Simon erachtet den Rücktritt des Fürsten Bismarck für endgiltig. Da angenommen werden darf, daß die anderen französischen Delegirten ähnliche Eindrücke nach Paris zurückbringen, ist die Hoffnung gestattet, daß die durch die Lügen eines Theils der Pariser Presse getäuschte öffentliche Meinung Frankreichs in Bezug auf Kaiser Wilhelm II. aufgeklärt wird.

* Wie aus dem Geschäftsbericht des schweizerischen Bundesraths hervorgeht, mußte von der Einberufung der diplomatischen Schlußconferenz für ein internationales Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr auch für 1889 abgesehen werden, da von Seiten einiger Conferenzstaaten eine endgiltige Aeußerung über ihre Stellungnahme zu dem vereinbarten Entwurf vom 17. Juli 1886 trotz wiederholter Einladungen noch immer aussteht.

* Das englische Unterhaus hat sich bis zum 14. April vertagt.

Conservativer Verein.

* Am Montag Abend hielt im „Conservativen Verein" Herr Dr. G. Steffen einen Vortrag über „Kaiser Karl V. und Moritz von Sachsen". Anknüpfend an die vor Jahresfrist begangene Jubelfeier des Wormser Heerschiedsspruches, kennzeichnete der Herr Redner dieselbe zwar als eine partikulare Feier, doch sei der Particularismus geläutert. Das Bewußtsein des eigenen Werthes und Wesens sei ein Sporn zu neuem Streben. Unser Volk repräsentirt den Kern des sächsisch-thüringischen Stammes. Daß dasselbe nicht so hervortritt, liegt in seiner Bescheidenheit und in dem Umstande, daß die glänzendsten Zeiten desselben weit zurückliegen. Zur Reformationszeit hatten die Wettiner die führende Rolle. Kurfürsten standen an der Spitze der territorialen Fürstenthümer. Der gewaltigste sächsische Fürst ist Moritz von Sachsen, dem die Geschichte nur wenig gerecht geworden ist. Man hat ihm Verrath am Glauben vorgeworfen, man hat gemeint, durch den Verrath an dem Kaiser habe er den Verrath an seinem Vetter bis zu einem gewissen Grade gesühnt. Was den Verrath an seinem Vetter betrifft, so müssen wir bedenken, daß Moritz der Politik des Erfolges huldigte, dem Kaiser aber stand er in einem gewaltigen Ehrenkampf gegenüber.

Redner erläuterte sodann an einer ausgestellten, klar und übersichtlich ausgeführten Wandkarte, zu deren Herstellung der Conservative Verein ihm die Mittel verwilligt hatte, den 650 □Meilen betragenden Besitzstand des Wettiner Hauses zur Zeit der Reformation und ging dann zur Schilderung Karl's V., des bedeutendsten Herrschers seiner Zeit, über. Er gedachte seines Jugendlebens in den Niederlanden und seines ersten Wirkens in Spanien, wo er durch Hebung der Rechtspflege, der Gesellschaftsbildung ꝛc. die Kirche zu reformiren suchte, die ihm ein wertheuer Bundesgenosse war. Zwischen Spanien und Frankreich befand damals die gewaltigste Monarchie um die europäische Vormacht. Das Land der Pyrenäen, die Niederlande, Italien waren der Schauplatz der bedeutendsten Kriege. Die Päpste als territoriale Fürsten Italiens standen bald auf Karl's V., bald auf Franz' I. von Frankreich Seite. Von Karl drohte ihnen die größere Gefahr. Er betrachtete sich als weltliches Oberhaupt der Christenheit und wollte die Einheit des Abendlandes auch auf kirchlichem Gebiete durchgeführt wissen. Zu jener Zeit überschwemmte Soliman II. Ungarn, belagerte 1529 Wien und die österreichischen Erblande, die Karl's Bruder Ferdinand erhalten hatte. Von der Donau bis nach Nordafrika zeigte sich da Karl als Schützer des Christenthums. Aber auch den innern Feind suchte er zu bekämpfen. Es war ihm heiliger Ernst mit der Verbesserung der Kirche, bis auf das Haupt derselben, den Papst, wollte er sie ausdehnen. Dabei suchte er aber die Einheit der Kirche zu wahren. Dabei wollte er Luthers's Lehre weder verstehen, noch würdigen, und